

# Konsequentes Handeln

Vom Landtagsabgeordneten Hugo Klein (CDU)

Das Thema „Sicherheit“ und die Frage, wie diese gewährleistet werden kann, beherrscht Tag für Tag die öffentliche Diskussion. Ich begrüße daher die klare Aussage der hessischen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU), die vor wenigen Tagen völlig zutreffend erklärte, dass konsequentes Handeln des Staates erforderlich sei, um die Sicherheit in unserem Land zu bewahren. So müssten bei der Verteidigung unserer Freiheit klare Antworten gefunden werden und die staatlichen Organe mitunter ihre vornehme Zurückhaltung aufgeben und alle Möglichkeiten nutzen, um seine Bürger zu schützen.



Die Aussage der hessischen Justizministerin, wonach unsere offene Gesellschaft und unsere Demokratie tagtäglich angegriffen werden, was auch in Hessen spürbar sei, ist zutreffend und beängstigend zugleich. So wurden im vergangenen Jahr allein bei den hessischen Staatsanwaltschaften über 1000

Staatsschutz-Delikte neu registriert, wovon mehr als 100 dieser Verfahren schwere staatsgefährdende Gewalttaten betrafen.

Als eines der zuverlässigsten Instrumente bezeichnet die Ministerin den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung, die sogenannte „elektronische Fußfessel“, die für verurteilte Extremisten erweitert und auch für Ausreisepflichtige Anwendung finden müsse. In diesem Zusammenhang begrüßte die hessische Justizministerin die Ankündigung ihres Ressort-Kollegen auf Bundesebene, Heiko Maas (SPD), jetzt doch auch sogenannte Gefährder mittels „elektronischer Fußfessel“ zu überwachen. Die Ankündigung aus Berlin komme zwar überraschend und es gelte jetzt, eine rasche und rechtlich einwandfreie Lösung zu finden. Technisch sei die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder (GÜL) in Bad Vilbel durchaus schnell in der Lage, auch neue Personengruppen zu überwachen, stellte Kühne-Hörmann selbstbewusst fest und bemerkte zutreffend, das es das Hauptziel sein müsse, vor allem gewaltbereite Extremisten davon abzuhalten, weitere Straftaten zu begehen.